



## Martin Patzelt MdB



Liebe Leserinnen und Leser,

am Freitag habe ich dem Antrag auf eine viermonatige Verlängerung der Bereitstellungsfrist der bestehenden Finanzhilfe zugunsten Griechenlands zugestimmt. Es handelt sich dabei nicht um eine neue Finanzhilfe, sondern um die technische Verlängerung des laufenden Programms, dem der Deutsche Bundestag bereits am 27. Februar 2012 zugestimmt hatte. Diese Mittel werden allerdings nur ausgezahlt, wenn Athen ein tragfähiges Reformprogramm vorlegt und auch umsetzt. Überprüft wird das wie bisher von IWF, EZB und der EU-Kommission.

Ich möchte zudem darauf hinweisen, dass Griechenland vor der Wahl - bei allen bestehenden Problemen - bereits auf einem

guten Weg war, langsam aus der Krise herauszukommen. Nach sechs Jahren der Rezession konnte erstmals im Jahr 2014 ein Wirtschaftswachstum von einem Prozent erzielt werden. Für dieses und nächstes Jahr war sogar ein Wachstum von 2,5 Prozent und 3,6 Prozent prognostiziert worden.

Ich bin der festen Überzeugung, dass wir Griechenland nicht fahrlässig den Russen oder Chinesen überlassen dürfen. Der „Patient“ Griechenland gehört historisch wie kulturell in die europäische Gemeinschaft. Er bedarf vielleicht einer etwas längeren Genesungsphase. Das bedeutet nicht, dass wir ihm die eigenen Anstrengungen dazu erlassen oder erleichtern dürfen. Aber er muss es tatsächlich auch bewältigen können. Am letzten Wahlergebnis Grie-

chenlands können wir ersehen, wie sich eine Mehrheit der Griechen Hilfe in ihrer sozialen Bedrängnis von einer links- und sogar rechtsradikalen Regierung erhofft. Wenn diese nun entgegen früheren Ankündigungen sogar Lebensmittelmarken ausgeben muss, dann wissen wir, wie groß die Not ist. Darum sollten wir unsere Programme fortsetzen, ehe Griechenland im politischen Chaos versinkt.

Eine anregende Lektüre wünsche ich Ihnen

Ihr

Martin Patzelt

### 18 Milliarden Euro Rekordüberschuss

Das erste Mal seit der Wiedervereinigung haben Bund, Länder, Kommunen und Sozialversicherung wieder ein Plus erzielt. Laut Statistischem Bundesamt belief sich der Überschuss im vergangenen Jahr auf nicht weniger als 18 Milliarden Euro. Das entspricht 0,6 Prozent des Bruttoinlandproduktes. Mit

1,6 Prozent lag das Wirtschaftswachstum höher als zunächst erwartet. Verantwortlich dafür war das starke Schlussquartal im letzten Jahr. Die EU-Vorgaben zur Neuverschuldung erfüllt Deutschland damit deutlich. Den höchsten Überschuss erzielte der Bund mit 11,4 Milliarden Euro, nachdem

er 2013 noch ein Defizit von 4,5 Milliarden Euro erwirtschaftet hatte. Seit der Wiedervereinigung hatte der Bund bisher nur 2000 einen Überschuss erzielen können. Dieser war durch die erheblichen Zusatzeinnahmen aus der Versteigerung der UMTS-Frequenzen zustande gekommen.

## EU braucht neuen Verteilungsschlüssel für Flüchtlinge

Mit der Konrad-Adenauer-Stiftung hatte ich am Dienstag zu einer Diskussionsrunde zum Thema „Asyl- und Flüchtlingspolitik: Wo besteht Handlungsbedarf?“ im Rahmen der Belziger Gespräche in Bad Belzig eingeladen. Ein wirkliches Patentrezept konnte ich nicht geben, aber auf die Notwendigkeit hinweisen, die Asyl- und Flüchtlingsdebatte differenziert zu führen und Handlungsoptionen zu finden.

Die Bundesregierung hat inzwischen mit einer Erhöhung des Personals reagiert. Ziel ist die schnellere Bearbeitung der Asylanträge. Auch können Asylberechtigte heute schon nach drei Monaten eine Arbeit aufnehmen. Diese Entscheidung wird sich positiv auf die Integration auswirken.

Eine weitere Handlungsoption, die Situation in den Herkunftsländern durch nachhaltige Entwicklungspolitik zu ändern sowie die Flüchtlingssituation vor Ort zu verbessern, ist durch die Erhöhung der humanitären Hilfe umgesetzt worden und kann weiter gesteigert werden. Das gilt z.B. für die vom syrischen Bürgerkrieg betroffenen Nachbarländer.

Wesentliche Ansatzpunkte für weitere veränderte Strategien sind in der europäischen Flüchtlingspolitik zu suchen. In Europa wurden im vergangenen Oktober 69.110 Asylanträge gezählt. Die aufnahmestärksten Länder sind Deutschland, Italien, Schweden und Frankreich. Der in dieser Woche im Ausschuss für Menschenrechte referierende Staatsminister für Europa, Michael Roth, Auswärtiges Amt, unterstrich noch einmal,



dass nicht nur ein nationaler Handlungsbedarf angesagt ist, sondern auch Änderungen in der EU-Flüchtlingspolitik anzustreben seien. Ich stimme unserer Bundesregierung zu, dass die mangelnde Solidarität vieler EU-

Länder so nicht mehr hinzunehmen ist. Nur ein anderer Verteilungsschlüssel und die Anhebung der Standards in der Flüchtlingsunterbringung in anderen EU-Ländern können auch eine Entlastung für Deutschland bringen.

## Internationaler Jugendgipfel

Das Bundesjugendministerium und UNICEF rufen auf Initiative der Bundeskanzlerin Jugendliche dazu auf, ihre Ideen zu den drängenden weltpolitischen Themen der G7 zu diskutieren. Engagierte Mädchen und Jungen im Alter von 15 bis 17 Jahren können sich dazu ab sofort für die Teilnahme am internationalen Jugendgipfel J7 vom 6. bis 14. Mai 2015 in Berlin bewerben. Deutschland hat in diesem Jahr die Präsidentschaft der G7 inne und richtet im Juni im bayrischen Schloss Elmau das G7-Gipfeltreffen der Staats- und Regierungschefs aus. Im Vorfeld findet der internationale Jugendgipfel J7 statt. Dazu lädt die Bundesregierung

Teams von jeweils sechs Jugendlichen aus den G7 Staaten im Mai nach Berlin ein. Zusammen mit Expertinnen und Experten aus Wissenschaft, Politik und Zivilgesellschaft bearbeiten sie die zentralen Themen, die auch die Staats- und Regierungschefs später in Elmau beraten. Am 11. Mai ist zudem ein Treffen der Jugendlichen mit Bundeskanzlerin Angela Merkel geplant. Das Bewerbungsverfahren läuft noch bis zum 15. März, bewerben können sich Jugendliche im Alter von 15 bis 17 Jahren. Sie sollten gute Englischkenntnisse haben und sich bereits mit einem oder mehreren Themen des G-7-Gipfels auseinandergesetzt haben. [www.j7summit.org](http://www.j7summit.org).

## Martin Patzelt, MdB

Mitglied im Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend  
Mitglied im Ausschuss für Menschenrechte und Humanitäre Hilfe

### Büro Berlin

Katja Frenkel  
Dr. Maria Blömer  
Helmut Uwer

Deutscher Bundestag  
Platz der Republik 1  
11011 Berlin  
Tel. 030/227 71440  
Fax 030/227 76439  
martin.patzelt@bundestag.de

### Wahlkreisbüro Frankfurt (Oder)

Anna Fabisch  
Sophienstr. 41/42  
15230 Frankfurt (Oder)  
Tel. 0335/276 294 36  
Fax 0335/276 294 37  
martin.patzelt.ma04@bundestag.de  
geöffnet: Die + Do 11-18 Uhr,  
Mi 9-16 Uhr

### Wahlkreisbüro Eisenhüttenstadt

Dr. Markus Zaplata  
Saarlouiser Str. 35  
15890 Eisenhüttenstadt  
Tel. 0335/276 294 36  
Fax 0335/276 294 37  
geöffnet: Do 16-18 Uhr

### Wahlkreisbüro Beeskow

Manuela Heuer  
Berliner Str. 19  
15848 Beeskow  
Tel. 0335/276 294 36  
Fax 0335/276 294 37  
geöffnet: Mi 16-18 Uhr

Um diesen Newsletter zu abonnieren, senden Sie uns bitte eine E-Mail an:  
martin.patzelt@bundestag.de

[www.martin-patzelt.de](http://www.martin-patzelt.de)

## Amnesty: 2014 war „katastrophales Jahr“

Weltweit sind 51,2 Millionen Menschen auf der Flucht.

Amnesty International stellte in seinem am 24.02.2015 veröffentlichten Jahresbericht eine erschreckende Tendenz nicht-staatlicher Gewalt von bewaffneten Gruppen fest, die zunehmend brutal gegen die Zivilbevölkerung vorgehen, denken wir an Boko Haram und Al Shabab. Das Jahr „2014 war ein katastrophales Jahr für Millionen von Menschen, die unter der Bedrohung durch Entführungen, Folter, sexualisierter Gewalt, Anschläge, Artilleriefeuer und Bomben auf Wohn-

gebiete leben mussten“, konstatiert Amnesty International.

Aufgrund von Flucht und Vertreibung ist die Zahl der asylbeantragenden Menschen in Deutschland 2014 wieder angestiegen und liegt mit 202.815 Anträgen auf einem außerordentlich hohen Niveau. Allerdings ist diese Zahl nicht zu vergleichen mit der höchsten Zahl im Jahre 1993, als 438.191 Anträge auf Asyl gestellt wurden. Wir haben 1993 die Situation gut gemeistert.

Das deutsche Asylrecht trage ich in vollem Um-

fang mit. Allen Menschen, die vor Folter und drohender Ermordung auf der Flucht sind, steht die Anerkennung zu. Festzuhalten ist allerdings, dass nach eingehender Prüfung nicht einmal die Hälfte der Asylbeantragenden asylberechtigt ist. Beispielsweise lag im Januar die Anerkennungsquote bei 45,1 Prozent. Das heißt konkret, es gab nur 8.041 positive Entscheidungen bei 17.835 neuen Anträgen. Brandenburg ist mit einer Zahl von 824 Anträgen im Januar bei einer Gesamtzahl von 25.042 Erst- und Folgeanträgen keiner großen Belastung ausgesetzt.

## Eisenhüttenstädter für Willkommenskultur

Am Samstag besuchte ich eine Kundgebung für ein weltoffenes Eisenhüttenstadt. Diese fand auf dem zentralen Platz der Stadt statt und war von einer Facebook-Initiative für ein weltoffenes Eisenhüttenstadt ins Leben gerufen worden. Ich habe diese Veranstaltung unterstützt und in meinem Redebeitrag insbesondere dafür geworben, für Toleranz einzutreten. Mir ging es vor allem darum, die Initiative dieser jungen Leute zu unterstützen und ihnen den Rücken zu stärken. Es ist wichtig, dass sich junge Men-

schens für eine offene und tolerante Gesellschaft engagieren. Nur so können wir Vorurtei-

le abbauen und ein friedliches Zusammenleben auf Dauer gewährleisten.

